

53.0 - Koordination der Gesundheitsförderung, Verwaltungsaufgaben

Mitteilung

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung	17.01.2011	Kenntnisnahme

Tagesordnungs-Punkt	
	Substitutionsproblematik im Stadtgebiet Bonn und Umgebung - Sachstandsbericht

Mitteilung:

Bereits Anfang 2009 wurde eine große Substitutionspraxis in Bonn geschlossen, da dem Arzt die Ermächtigung zur Substitution entzogen worden war. Die Praxisschließung bedeutete über 400 unversorgte Patientinnen und Patienten aus Bonn und Umgebung. Durch enge Kooperation zwischen den Verwaltungen, der Polizei, den übrigen substituierenden Ärztinnen und Ärzten, den Trägern der psychosozialen Begleitbetreuung bei Substitution aus Bonn, dem Rhein-Sieg-Kreis und der Umgebung, der Kassenärztlichen Vereinigung und der LVR-Klinik Bonn konnte die Krisensituation damals geklärt und die Versorgung der Betroffenen sichergestellt werden.

Aufgrund der damaligen Erfahrungen erstellte die Stadt Bonn den sog. Notfallplan Substitution, der ein standardisiertes Verfahren in einer solchen Krisensituation regelt.

Nachdem der Arzt sich seinerzeit erfolgreich gegen die getroffenen Maßnahmen gewehrt hatte, kam es im November 2010 erneut zur Schließung dieser Praxis. Die Bezirksregierung ordnete das Ruhen der Approbation an.

Auf der Grundlage des vorhandenen Notfallplans Substitution gelang es allen Beteiligten, die weitere Versorgung der betroffenen 131 Patientinnen und Patienten unbürokratisch und zügig zu regeln. 60 Betroffene stammten aus Bonn und 29 aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Die weiteren lebten in den umliegenden Kreisen oder waren ohne festen Wohnsitz.

Die medizinische Notfallbehandlung hat die LVR-Klinik Bonn bis zum 20.12.2010 durchgeführt. Danach waren alle Patienten in eine geeignete Weiterbehandlung vermittelt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die von der Stadt Bonn koordinierte Notfallplanung gut bewährt hat. Ohne besondere Aufgeregtheit und nahezu diskret konnte die für die 131 betroffenen Patientinnen und Patienten entstandene Notsituation bereinigt werden.

Auf einen bedeutsamen Nebeneffekt sei noch hingewiesen: Schon durch die vergleichbare Situation im Februar 2009 ist ein informelles und tragfähiges Netzwerk entstanden und das über kommunale und institutionelle Grenzen hinweg. Dies hat sich in der jetzigen Situation erneut bewährt und hat an Qualität zugenommen. Das hohe Maß an Kooperationsbereitschaft bei Klinik, den Trägern der Suchtkrankenhilfe, den substituierenden Ärztinnen und Ärzten im Rhein-Sieg-Kreis, der Polizei und den Kommunen hat zum erfolgreichen Management der Krisensituation geführt.

Seit dem 22.12.10 hat die Bonner Praxis erneut geöffnet, nachdem das angerufene Verwaltungsgericht dem Arzt wegen des Entzugs der Behandlungszulassung einstweiligen Rechtsschutz gewährt hatte. Insoweit muss das endgültige Ergebnis der Ermittlungen und anhängigen Verfahren abgewartet werden.

Ebenfalls bleibt abzuwarten, ob und wie viele der Patientinnen und Patienten wieder in die frühere Praxis zurückkehren werden.